



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Schule, Kultur und  
Städtepartnerschaften  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-x3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin Elke Kessel:

Wiesbaden, 22.02.2018

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften  
am Donnerstag, 1. März 2018, um 17:30 Uhr,  
Wilhelm-Leuschner-Schule, Steinern Straße 20, 55246 Mainz-Kostheim

Ab 17 Uhr besteht für Ausschussmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und weiter interessierte Stadtverordnete und Fraktionsmitarbeiter die Gelegenheit, an einer Führung durch die Schule teilzunehmen - Treffpunkt Haupteingang Steinern Straße 20.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 25.01.2018

### Bereich Schule

2. **18-F-21-0016**

Aktueller Sachstand Schulbauliste  
-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.02.2018-

Die bereits erhöhten Haushaltsansätze für Investitionen und Instandhaltungen im Haushaltsentwurf wurden durch die Kooperation aus SPD, CDU und Grünen nochmals um 20 Mio. Euro angehoben. Damit stehen allein im Kernhaushalt der Stadt bereits 48 Millionen Euro für den Schulbau zur Verfügung. Die Kooperation greift weiterhin auf die städtische WiBau GmbH

zurück, um weitere Schulbauprojekte als Mietmodell umzusetzen. Die notwendige Investitionssumme beläuft sich auf mindestens 70 Mio. €. Zusammen mit den Mitteln aus dem Kern-

haushalt der Stadt in Höhe von 48 Mio. € stehen somit deutlich über 100 Mio. € für den Schulbau zur Verfügung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie sich der Schulbauetat (Instandhaltung und Investitionsmittel) seit der Einführung der Schulbauliste im Jahr 2013 in absoluten Zahlen sowie prozentual zum gesamten Instandhaltungs- und Investitionshaushalt entwickelt hat.
2. einen aktuellen Sachstand zur Abarbeitung der Schulbauliste vorzulegen und dabei auf die einzelnen konkreten Projekte einzugehen.
3. die bisher nicht mehr fortgeschriebenen Module 2 und 3 der Schulbauliste (Vgl.: BP 1.4. der SV 17 V - 06- 0009) nach Haushaltsgenehmigung zeitnah zu aktualisieren, damit eine vorzeitige Teilfortschreibung der Schulbauliste vorzunehmen und - soweit notwendig - Veränderungsbedarfe bei der Fortschreibung der Systematik der Fortschreibung mitzuteilen.

### **3. 18-F-08-0013**

Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule  
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 21.02.2018-

Für den 1. März 2018 wurde zum „Spatenstich für den Neubau der Rudolf-Dietz-Schule“ eingeladen. Unter Punkt 1.14 der Sitzungsvorlage 16-V-40-0015 „Rudolf-Dietz-Schule Neubau - Ausführungsvorlage -“, wurde zur Kenntnis genommen, dass „die Schulgemeinde in Zusammenhang mit dem Neubau eine Umbenennung der Schule wünscht und hierzu an die Ortsbeiräte im Schulbezirk herangetreten ist“. Mit dem Spatenstich beginnt nun der Neubau der bisherigen „Rudolf-Dietz-Schule“ und es besteht die Möglichkeit, dass die unerträgliche Namensgebung der Schule nach einem Mitglied der Nazi-Partei, dass durch antisemitische und nazistische Publikationen und durch Werbung bei jungen Menschen für den faschistischen Krieg gegen andere Länder in Erscheinung getreten ist, endlich aufgehoben wird.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge über den Sachstand des Umbenennungsprozesses berichten, insbesondere welche Schritte die betroffenen Ortsbeiräte seit Verabschiedung der SV 16-V-40-0015 dazu unternommen haben.

### **4. 17-F-08-0057**

Gesundheits- und sicherheitsrelevante Mängel an Schulen beheben!  
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 25.10.2017-

**ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 31.01.2018**

## Bereich Kultur

### 5. 18-F-21-0015

Aktueller Sachstand Walhalla

-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2018-

Wie der aktuellen Berichterstattung der Frankfurter Rundschau vom 12.02.2018 zu entnehmen war, werden die Kosten für die Sanierung des historischen Gebäudes nun höher geschätzt als bislang angenommen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen aktuellen Sachstand bezüglich der neuen Erkenntnisse aus den aktuellen baulichen, statischen und denkmalrestauratorischen Untersuchungen an dem Gebäude zu geben.

### 6. 18-F-21-0018

Zukunftsplanung Theaterbühne im Pariser Hof, Spiegelgasse 9

-Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2018-

Der Verein „Theater im Pariser Hof e.V.“ betreibt seit Mai 2015 die Theaterbühne in der Spiegelgasse 9 in ehrenamtlicher Arbeit. Eine institutionelle Förderung des Theaterbetriebs ist im Haushalt nicht vorgesehen. Derzeit werden verschiedene Szenarien für die Zukunft des Theaterbetriebs im Pariser Hof diskutiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Sitzungsvorlage zu erstellen, in der ein Zeitplan bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst 2019 und mögliche Lösungsvorschläge dafür unterbreitet werden, wie eine zukünftige kulturelle Nutzung der Theaterbühne in der Spiegelgasse 9 gesichert werden kann. Hier ist insbesondere zu prüfen,
  - a) wie ein Interessenbekundungsverfahren unter Beteiligung des Kulturbeirates durchgeführt werden kann
  - b) ob und in welchem Umfang ein Gesellschafterbeschluss gefasst werden muss, um die wirtschaftlichen Folgen des Status Quo bis zur Vergabe der Bühne in zwei Jahren beim GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds zu legitimieren.
2. hierbei alle Handlungsoptionen mit deren jeweiligen rechtlichen Voraussetzungen bzw. Implikationen zu benennen und die jeweiligen Vor- und Nachteile abwägend darzustellen.
3. mit der Geschäftsführung des GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds abzustimmen, wie eine getrennte Ausschreibung von Bühne und Gastronomie erfolgen kann, damit ein Kulturbetrieb weiter ermöglicht werden kann.

## Bereich Städtepartnerschaften

### 7. 18-F-05-0011

Partnerstadt USA

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 21.02.2018-

In Umsetzung des Beschlusses Nr. 0097 der Stadtverordnetenversammlung vom 01.12.2016 wurde dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 16.03.2017 eine Auswahl geeigneter Städte präsentiert. Auf dieser Liste sticht die Hauptstadt des Bundesstaates Massachusetts, Boston, als regionales Zentrum mit internationaler Ausstrahlung hervor. Die vergleichbaren Wirtschaftsstrukturen mit Fokus auf Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen, Finanzwirtschaft und Technologie versprechen einen produktiven Austausch, von dem unsere heimische Wirtschaft profitieren kann. Auch bieten die zahlreichen Universitäten Chancen und Anknüpfungspunkte für die Wiesbadener Hochschullandschaft. Das Land Hessen hat dies bereits erkannt und das Hessen-Massachusetts-Programm initiiert. Nicht zuletzt besteht ein logistischer Vorteil von Boston darin, dass die Stadt von allen in Frage kommenden Kandidaten am schnellsten und kostengünstigsten mit dem Flugzeug erreichbar ist (regelmäßige Direktflüge von Frankfurt). Da eine Städtepartnerschaft von der Begegnung der Menschen lebt, sollte auch dieser Aspekt in die Entscheidung einbezogen werden.

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) ob es bereits Kontakte mit einer der in Frage kommenden Städte gegeben hat, um grundsätzlich zu klären, ob überhaupt Interesse an einer Partnerschaft besteht
- 2) ob der Magistrat zum jetzigen Zeitpunkt eine bestimmte Option präferiert

### 8. Verschiedenes (alle Bereiche)

## Tagesordnung II

### 1. 17-V-40-0038

DL 07/18-1

Friedrich-Ebert-Schule - Ersatzneubau -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Spruch**  
**Vorsitzende**